

„Blauer Engel“ für ein Rechenzentrum

Die Bremer Erecon AG erhält bundesweit als erstes Unternehmen das Öko-Siegel in der IT-Kategorie



In seinem Büro hat Harald Rossol, Vorsitzender der Erecon AG, ein kleines Rechenzentrum stehen, das ohne Kühlung auskommt – sozusagen ein Musterobjekt.

FOTO: KUHAUPT

Seit 1978 gibt es die Auszeichnung der „Blaue Engel“ – das erste und wohl bekannteste Umweltzeichen der Welt. Verliehen wird es für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen, die von einer unabhängigen Jury nach definierten Kriterien beschlossen werden. Erstmals darf bundesweit ein Unternehmen den „Blauen Engel“ als „Ausweis für die besondere Umweltfreundlichkeit“ eines Rechenzentrums führen: die Bremer Erecon AG in der Überseestadt.

VON PETER HANUSCHKE

Bremen. So ganz überraschend ist es nicht, dass die Bremer Erecon AG als erstes Unternehmen in Deutschland für ein umweltfreundliches Rechenzentrum mit der Öko-Kennzeichnung „Blauer Engel“ ausgezeichnet wurde – schließlich gehört der sparsame Umgang mit Ressourcen zum Kerngeschäft des Unternehmens: Die Erecon AG gehört zu den Vorreitern, wenn es darum geht, energiesparende Konzepte für Rechenzentren zu entwickeln.

Ein Baustein dabei ist die Grundlage – ein simpler, wie Vorstandsvorsitzender Harald Rossol findet – wenn man drauf komme: Denn statt das Rechenzentrum mit hohem Energieaufwand zu kühlen, arbeiten die Server bei Erecon unter Normalbedingungen – die abfallende Abwärme wird zudem im Winter und im Sommer zum Klimatisieren der Büros genutzt.

Im Grunde genommen hatte alles mit einer Stromrechnung für seine IT-Firma begonnen, über deren Höhe sich Harald Rossol ärgerte. „Das war vor neun Jahren – ich beschloss, ein Rechenzentrum zu schaffen, das – verglichen mit der Rechenleistung des Jahres 2003 – in einigen Jahren nur noch ein Prozent zuvor eingesetzter Energie für identische Rechenleistungen benötigt.“

Zeitgleich hatte weltweit die Green-IT-Bewegung eingesetzt: Experten war aufgefallen, dass kommerzielle Rechenzentren längst mehr Energie verbrauchten als der weltweite Flugverkehr – mit steigender Tendenz.

„Wir haben auf dem Weg zum Ein-Prozent-Rechenzentrum da angefangen, wofür eben am meisten Energie benötigt wird – die Kühlung“, so Rossol. Jeder sei davon ausgegangen, dass das nötig sei, „ohne dass es durch irgendetwas bewiesen war.“ Zudem brachen die Bremer IT-Berater weitere Dogmen auf. So arbeiten die Rechner der Erecon AG bei Temperaturen nicht nur weit oberhalb von 30 Grad, sondern wurden die Server virtualisiert, wodurch mehrere Server auf einen Rechner gepackt werden können, der Speicherbedarf optimiert oder die Netzteile geschumpft.

„Wir hatten mit unserer Idee relativ schnell Erfolg“, sagt Rossol. Energie einzusparen, war nicht nur aus Umweltgründen notwendig, sondern einfach aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht, um Kosten ein-

zusparen. „Daran hat sich bis heute nichts geändert und ist gerade aus Umweltsicht wichtiger denn je.“ So sprach sich das Konzept auch schnell rum: Im früheren Firmendomizil in der Haferwende wurde das Konzept zunächst aus Eigennutz umgesetzt, später nach dem Umzug in die Überseestadt wurde das Ganze perfektioniert. Neben den eigenen Kunden hat beispielsweise die Stadt Köln ihre EDV nach Erecon-

„95 Prozent wissen nicht einmal wie viel Energie ihre IT-Abteilung benötigt.“

Harald Rossol, Chef der Erecon AG

Vorgaben umgestellt und spart seither 250 000 Euro an Stromkosten im Jahr.

Dass das Thema noch nicht bei allen Firmen angekommen sei, die ein Rechenzentrum haben, liege wahrscheinlich daran, weil „etwa 95 Prozent der Unternehmen nicht einmal wissen, wie viel Energie ihre IT-Abteilung pro Jahr überhaupt benötigt“, vermutet Rossol. Es gehe vielmehr darum, dass die Rechner laufen, schnell sind und Leistung bringen.

Dass da insgesamt noch mehr Bewegung reinkomme, davon ist der IT-Berater überzeugt. Das werde unweigerlich kommen,

die Ressourcen seien schließlich begrenzt. Und wenn man sich vor Augen führt, dass allein in Deutschland für alle EDV-Anlagen die Energie von viereinhalf Atomkraftwerken der Esensham-Klasse benötigt würden – allein zwei von ihnen sorgen nur für die Energie zum Kühlen von Rechenzentren – sei es allein aus Umweltgründen notwendig, dass ein Umdenken stattfindet.

Das Thema sei auch für mittelständische Unternehmen interessant. „Das greife schon bei vier Servern“, sagt Rossol. „Den schnellsten Return of Investment hatte eine Firma bei acht Monaten, der langsamste Zeitraum, bis sich die Investition amortisiert hatte, lag bei 36 Monaten – das ist unabhängig von der Größe der Rechenzentren.“ Gut vermitteln lasse sich auch, dass mit diesem Konzept zudem Sicherheit gewährleistet werde. Angst davor zu haben, dass die Kühlung mal ausfalle, wie in normalen Rechenzentren, müsse man nicht mehr haben.

Als es bei der RAL gGmbH darum ging, die Kriterien und die Definitionen des „Blauen Engels“ für die Vergabe von Rechenzentren zu entwickeln, „wurde unser Unternehmen als eines der Pioniere für Green-IT hinzugezogen“, sagt Rossol nicht ohne Stolz. Die Zertifizierung verlange unter anderem eine Bestimmung der Energieeffizienz und die Einrichtung eines Energiemanagementsystems, das auch die energiebewusste Beschaffung neuer Komponenten regelt.

Der Osten fällt wieder zurück

Einheitsbericht zur Wirtschaftsfrage

Berlin (wk). Der Osten Deutschlands fällt im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern wirtschaftlich wieder zurück. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner habe 2011 in Ostdeutschland bei 71 Prozent des westdeutschen Niveaus gelegen, heißt es in dem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2012, der der „Schweriner Volkszeitung“ vorliegt. Im Vorjahr waren es noch etwa 73 Prozent. Der Bericht solle am Mittwoch vom Bundeskabinett beraten werden.

„Betrachtet man die Produktivität, so erreicht die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt rund 79 Prozent des Niveaus der westdeutschen Wirtschaft“, zitiert die Zeitung aus dem Bericht. Mit preisbereinigt 2,5 Prozent habe das Wirtschaftswachstum in den ostdeutschen Bundesländern 2011 unter dem Bundesdurchschnitt von 3,0 Prozent gelegen. Die Arbeitslosenquote im Osten habe im Jahresmittel mit 11,3 Prozent allerdings den bislang niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht.

Einer Verlängerung der Ost-Förderung über das Jahr 2019 hinaus erteile die Bundesregierung in dem Bericht eine Absage: „Perspektivisch gehen die Mittel für den Aufbau Ost, bis zum Auslaufen des Solidaritätspakts II 2019, stetig zurück. Die neuen Länder werden von da an ohne spezielle Förderung auskommen müssen“, zitiert die Zeitung.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) rief die Bundesregierung zu größerem Engagement für den Osten auf. Seit dem Wechsel des Ostbeauftragten Thomas de Maizière in das Amt des Verteidigungsministers werde „dieses Feld sträflich vernachlässigt“, sagte Sellering der „Welt“.

EADS-Aktie im Tiefflug

Seit den Fusionsplänen mit dem Rüstungskonzern BAE ist der Börsenwert um 16 Prozent gefallen

VON ROLAND LOSCH

München. „Major Tom“ will den Airbus-Konzern EADS mit einer Rüstungsfusion zukunftsfest machen. In Zeiten schrumpfender Rüstungsetats keine gute Idee, finden die meisten Börsianer. Aber es gibt Ausnahmen. Nach Kräften wirbt EADS-Chef Tom Enders für die Fusion mit dem britischen Rüstungskonzern BAE. Aber die Aktionäre der Airbus-Mutter bleiben skeptisch. Seit der Ankündigung der Pläne ist der Börsenwert um 16 Prozent oder drei Milliarden Euro gefallen – viele Analysten haben den Daumen gesenkt.

Deutsche Bank, Commerzbank, Citigroup und das Analysehaus Independent Research stuften EADS herab. Ihre Experten sahen mehr Risiken als Chancen. Nicht nur in Europa, sondern auch in den USA stehen die Verteidigungshaushalte vor weiteren Einschnitten. Bei einer Fusion mit dem britischen Rüstungskonzern würde EADS stärker von schrumpfenden Märkten abhängig, erklärte Commerzbank-Analyst Stephan Böhm. Außerdem zahle der europäische Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern zu viel für BAE: EADS bekäme nur 60 Prozent an dem gemeinsamen Unternehmen, angemessen aber wären 69 Prozent.

Die französische Investmentbank Exane BNP Paribas erinnerte sich an die deutsch-französischen Reibereien bei Airbus und verwies auf politische Hürden und Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer Fusion und bei der künftigen Managementstruktur. Das werde nicht ohne Schmerzen abgehen, schrieb Analyst Olivier Brochet.

Für Johnson Imode vom Analysehaus S&P Equity ist ein Engagement im zivilen Luftfahrtmarkt für BAE attraktiv. Aber auch EADS habe auf der anderen Seite die Chance, nach vielen erfolglosen Anläufen

endlich stärker im US-Rüstungsgeschäft Fuß zu fassen. Er ließ seine Kaufempfehlung für EADS unverändert. Auch Zafar Rüzgar vom Analysehaus Independent Research sah als positiven Aspekt, dass sich die Geschäftsmodelle beider Unternehmen ergänzen. EADS könne sein Rüstungsgeschäft außerhalb Europas stärken und besser mit Boeing konkurrieren. Aber wegen großer Risiken senkte er trotzdem den Daumen.

Eines der wenigen positiven Urteile kam von Redburn-Analyst Andy Chambers: Er stuft EADS hoch. Zusammen könnten EADS und BAE Doppelarbeit einsparen und die Kosten um zwei Prozent senken. Die Verteidigungsindustrie sei robust und könne mit stabilen Zahlungsflüssen rechnen – das werde von vielen unterschätzt. Und die Wachstumsstory bei Airbus dürfe auch nicht durch die rosa Brille gesehen werden: Das Geschäft gehe zyklisch auf und ab, die Fluggesellschaften verdienten

wenig, und bei der A380 und der geplanten A350 schlummerten Milliardenrisiken.

Damit legte er den Finger in die Wunde, die auch „Major Tom“ Enders heilen will. Viele Investoren konzentrierten sich jetzt auf das Wachstum von Airbus statt auf das langfristige Ziel von EADS, die starke Abhängigkeit vom zivilen Flugzeuggeschäft zu verringern, schrieb er in einem Mitarbeiterbrief. EADS müsse im Rüstungs- und Raumfahrtgeschäft wachsen und international stärker werden, um langfristig wettbewerbsfähig zu sein. „BAE Systems ist bereits heute das internationalste Verteidigungsunternehmen; BAE Systems bieten Kernkompetenzen, die unser Portfolio und unsere regionale Marktbasis passgenau ergänzen“, warb Enders.

Aber mit Blick auf den Börsenkurs, der von rund 30 auf 26 Euro eingebrochen ist, räumte er auch ein: „Vor uns liegt sicher ein Stück harte Arbeit – vor allem für unser Investor Relations Team“.



Nach Kräften wirbt EADS-Chef Tom Enders für die Fusion mit dem britischen Rüstungskonzern BAE. Aber die Aktionäre der Airbus-Mutter bleiben skeptisch.

FOTO: DPA

Haushaltsloch offenbar größer

Griechenland benötigt mehr Geld

Hamburg-Athen-Lissabon (wk). Dem pleitebedrohten Griechenland fehlt nach Recherchen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ wesentlich mehr Geld in der Kasse als bislang angenommen. Nach vorläufigen Erkenntnissen der „Troika“ aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds müsse im Staatshaushalt eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro geschlossen werden – fast doppelt so viel wie zuletzt eingestanden. Nur wenn die Finanzierungslücke geschlossen wird, kann die nächste Tranche der internationalen Hilfgelder nach Athen überwiesen werden.

Derzeit kontrolliert die Geldgeber-„Troika“ die Sparfortschritte Griechenlands. Allerdings haben die Kontrolleure ihre Arbeit in Athen am Wochenende für eine Woche unterbrochen. Die EU-Kommission hatte betont, dies weise nicht auf Probleme hin. Es gebe bedeutende Fortschritte. In Athen ringt die Regierung immer noch um ein gut 11,5 Milliarden Euro schweres Sparpaket. Die drei Parteien der Regierungskoalition konnten sich noch nicht einigen.

Dem „Spiegel“-Bericht zufolge soll der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras mehrfach angefragt haben, ob die öffentlichen Gläubiger bereit wären, auf die Rückzahlung von Schulden zu verzichten. Für die Bundesregierung ist ein weiterer Schuldenerlass für Griechenland aber kein Thema. „Die Frage stellt sich nicht“, hatte der Sprecher des Finanzministeriums, Martin Kothaus, am Freitag in Berlin gesagt. Samaras hofft zudem auf zwei Jahre Aufschub bei den drastischen Sparauflagen.

Unterdessen will die portugiesische Regierung nach den jüngsten landesweiten Protesten besonders umstrittene neue Sparmaßnahmen nicht umsetzen. Sie sei bereit, nach Alternativen für die geplante Erhöhung der Sozialbeiträge zu suchen, teilte das Präsidialamt am Wochenende nach über achtstündigen Beratungen des Staatsrats mit. Das Beratergremium aus ehemaligen Staatschefs und renommierten Persönlichkeiten rief die Regierung auf, den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu erhalten. Es kündigte baldige Gespräche zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern an.

Seit Tagen protestierten Tausende Menschen im ganzen Land gegen Pläne, vom nächsten Jahr an die Sozialbeiträge für alle Beschäftigten von elf auf 18 Prozent zu erhöhen und gleichzeitig die Abgaben der Arbeitgeber von 23,75 Prozent auf 18 Prozent zu senken.

JUNIOR KURIER

NACHRICHTEN

Seifenblasen, Schminke, Strohhallen zum Herumtollen: Eine Menge Trubel gab es bei einem großen Fest in Berlin. Im Mittelpunkt standen dabei die Kinder. Denn in der Hauptstadt stieg eine große Party zum Weltkindertag. Der hatte dieses Mal das Motto: „Kinder brauchen Zeit“. Die Erwachsenen sollen sich daran erinnern, sich mehr für Kinder einzusetzen und ihnen auch Freiraum zum Spielen neben Schule und den vielen Terminen geben. Der Weltkindertag soll immer auf die Rechte von Kindern aufmerksam machen. Dazu gehört zum Beispiel: Kinder sollen geschützt werden und ihre Meinung sagen dürfen. Und Erwachsene sollen ihnen helfen, sich gut zu entwickeln. Die Abmachung zu diesen Rechten haben fast alle Staaten der Welt unterschrieben.

Daimler-Chef Zetsche vor Vertragsverlängerung

Stuttgart (wk). Dieter Zetsche soll Daimler nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ bis Ende 2016 führen. Der Vertrag des 59-Jährigen, der bis Ende 2013 läuft, soll demnach auf der Aufsichtsratssitzung im Februar nächsten Jahres um drei Jahre verlängert werden. Führende Vertreter der Kapital- und Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat seien trotz der Gewinnwarnung für Mercedes-Benz, die Zetsche am vergangenen Donnerstag gab, von der Arbeit des Daimler-Chefs überzeugt, hieß es. Ein Sprecher des Unternehmens sagte gestern, Vertragsangelegenheiten seien allein Sache des Aufsichtsrates. Der „Spiegel“-Bericht werde daher nicht kommentiert.

Das „Handelsblatt“ berichtet, neben Vorstandschef Zetsche sollten zwei weitere Topmanager in Kürze eine Verlängerung ihrer Amtszeit erhalten. Der Aufsichtsrat plane, den Vertrag von Lkw-Vorstand Andreas Renschler noch im Herbst zu verlängern. Der Kontrakt von Daimler-Entwicklungsleiter Thomas Weber solle im nächsten Frühjahr erneuert werden, schreibt das Blatt unter Berufung auf mit der Situation vertraute Personen.